



**Grußwort
des Ministerpräsidenten
des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
Erwin Sellering,
im Rahmen der Gedenkveranstaltung des Landtages
für die Opfer des Nationalsozialismus
in der St. Nikolaikirche Rostock
am 27.01.09**

Anrede,

der 27. Januar markiert als Datum den Tag, an dem das Konzentrationslager Auschwitz vor 64 Jahren befreit wurde. Auschwitz ist zum Inbegriff der entsetzlichen Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus geworden. Doch die Nationalsozialisten verübten ihre Verbrechen auch an unzähligen anderen Orten. Auch hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir gedenken heute aller Opfer des Nationalsozialismus. Wir gedenken aller Kinder, Frauen und Männer, die während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt, gequält und ermordet wurden. Unser Gedenken gilt allen, die unermessliches Leid erlitten haben, denen die Würde genommen wurde, die ihr Leben verloren haben, die - selbst wenn sie die Schrecken überlebt haben - bis heute schwer tragen an dem zugefügten Schmerz, an den Alpträumen, an der brutalen Missachtung jeglicher Würde.

Zu der unbegreiflichen Barbarei der Nationalsozialisten gehören auch die grauenvollen Medizinverbrechen, jahrzehntelang verdrängt und verschwiegen und im Grunde bis heute noch nicht im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit verankert.

In der NS-Zeit starben mehr als 200.000 kranke und behinderte Menschen einen gewaltsamen Tod. Im Zuge der sogenannten „Kinder-Euthanasie“ verloren Tausende Kinder ihr Leben. Entsetzliches durchgemacht haben auch die Menschen, die zwangssterilisiert wurden.

Unser Land trägt mit der ehemaligen „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ in Alt Rehse eine schwere Bürde. Für uns ist es eine besondere Verantwortung, dieser Opfer zu gedenken. Alt Rehse war ein Ort der Indoktrination, der Ausrichtung von Ärzten, Hebammen und Gesundheitsfunktionären auf die zutiefst menschenverachtende Ideologie der Nazis. Auf die Ideologie vom lebensunwerten Leben, darauf, wer ihrer Meinung nach ein Recht auf Leben hatte und wer nicht. An die 40.000 Mediziner gingen durch diese Schule. Aus ihnen rekrutierten sich die Experten des Euthanasie-Mord-Programms, aus ihnen rekrutierten sich die Spezialisten für „medizinische Experimente“. Diese Ärzte setzten die Rassenpolitik der Nationalsozialisten in die Tat um und brachten im Rahmen der „Aktion T4“ ab 1939 planmäßig Tausende Patienten zu Tode.

Bereits am 23. November 1939 fanden die ersten Deportationen von psychisch kranken und von behinderten Patienten aus der ehemaligen Psychiatrischen Landesheilanstalt Ueckermünde in andere Tötungsanstalten statt. Später wurde in Ueckermünde selbst ein Krematorium eingerichtet, in dem Patienten ermordet wurden.

In Stralsund fielen mehr als 1.200 Menschen der Euthanasie zum Opfer.

In Schwerin in der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg wurden nahezu 1.000 behinderte und kranke Patienten zwangssterilisiert, in Vernichtungslager überstellt oder durch ihre Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger zu Tode gebracht.

Mediziner ließen Kinder, Frauen und Männer in den Nervenkliniken verhungern, verabreichten ihnen Schlafmittel bis zum Atemstillstand, machten tödliche medizinische Experimente, stuften Menschen in "lebenswert" und "lebensunwert" ein und verlegten sie anschließend in Tötungskliniken, wie nach Bernburg oder Meseritz-Obrawalde.

Auch aus der Rostocker Nervenlinik wurden kranke und geistig behinderte Menschen abtransportiert und getötet.

Meine Damen und Herren,

das Leid all dieser Menschen verpflichtet uns, ihr Schicksal aus dem Dunkel zu holen. Ihr Leid macht uns deutlich, was verloren geht, wenn das erste Recht des Menschen - das Recht auf Leben, auf Leben in Würde – missachtet wird, wenn Menschen Vorurteile schüren, sich von Gleichgültigkeit und Kälte, von Verachtung und Verblendung leiten lassen. Das dürfen wir nie vergessen!

Deshalb ist die Arbeit der Mediziner und Historiker, die sich hier am Universitätsklinikum Rostock mit der Aufarbeitung der Geschichte der Euthanasie beschäftigen, außerordentlich

wichtig. Für Ihr großes Engagement danke ich Ihnen, Frau Professor Herpertz, und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ganz herzlich.

Mein Dank gilt allen, die zur Aufarbeitung der Euthanasie-Verbrechen in unserem Land, z.B. auch in Stralsund und Schwerin, beigetragen haben und beitragen.

Um zu verstehen, um die Erinnerung wach zu halten und der Opfer zu gedenken, brauchen wir viele unterschiedliche Ansätze: Wir brauchen Forschung und Aufarbeitung der Geschichte. Wir brauchen aber auch das Erinnern: Mahnmale, Gedenkfeiern und Gedenktage, die wichtige Zeichen setzen.

Besonderer Dank gilt deshalb auch allen, die sich für die Errichtung des Mahnmals in Rostock-Gehlsdorf eingesetzt haben und die heute diese Gedenkfeier ausrichten. Ich danke dem Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern, stellvertretend Ihnen, Frau Rieck.

Bei einer Gedenkveranstaltung wie dieser geht es nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um unsere Verantwortung in der Gegenwart und für die Zukunft.

Deshalb haben wir alle die Pflicht, gegen Ausgrenzung, gegen Angriffe auf die Menschenwürde, gegen menschenverachtende Ideologien anzugehen, wo immer sie sich zeigen. Deshalb ist die Bekämpfung des neuen Rechtsextremismus, der nichts aus der Geschichte gelernt hat, der diese Geschichte leugnet und verfälscht, für uns eine elementare Aufgabe, der sich alle demokratischen Kräfte stellen und die sie gemeinsam entschlossen und geschlossen bewältigen müssen.

Die neuen Nazis schüren Intoleranz und Ausgrenzung. Sie schüchtern ein. Sie verbreiten Hass und Gewalt. Dagegen müssen wir uns wehren, und zwar alle gemeinsam!

Diese Gemeinsamkeit ist ein hohes Gut. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir Demokraten im Landtag, alle vier Parteien, die Koalitionsfraktionen und die beiden Oppositionsfraktionen gemeinsam, einen „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ beschlossen.

Diese gemeinsame Überzeugung hat in den Aktivitäten der fünf Regionalzentren und in vielen weiteren Initiativen, wie etwa dem vom Landtag initiierten Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“, konkrete Gestalt angenommen. Unsere Demokratie setzt sich gegen ihre Feinde aktiv zur Wehr.

Dazu gehört auch, rechtsextreme Organisationen und Parteien zu verbieten oder Kandidaten für wichtige kommunale Funktionen auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen, wie wir das jetzt vorhaben mit der Änderung des Kommunalwahlgesetzes. Das sind wichtige Signale. Das brauchen wir.

Und wir brauchen auch die Diskussion in den Familien, in der Schule, auf der Arbeit oder nachmittags im Verein. Da sind wir alle gefragt. Jeder an seinem Platz.

Damit junge Menschen gar nicht erst auf Rechtsextremisten und ihre so genannten Kameradschaften hereinfallen, ist es wichtig, dass Freizeitangebote zur Verfügung stehen, die positive Gemeinschaft bieten, eine Gruppe, zu der man mit Stolz gehört.

Deshalb kann die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen, bei den Feuerwehren, im Rettungsdienst oder in der Jugendkultur gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wir dürfen die Menschen vor Ort mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lassen. Wir müssen ansprechbar sein und dort, wo es nötig ist, Hilfestellung und Unterstützung geben.

Meine Damen und Herren,

gegen Intoleranz, Ausgrenzung und Menschenverachtung zu kämpfen, ist ein wichtiger Teil der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Aber das reicht nicht. Wir müssen auch denen beistehen, die es schwer haben in unserer Gesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen ausgegrenzt werden. Dazu gehört auch, und daran möchte ich gerne heute, bei diesem Gedenken an die Euthanasie-Opfer erinnern, dass wir uns noch viel stärker für die Integration und Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen, auch für psychisch Kranke einsetzen.

Es geht um die stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft für die Belange kranker und behinderter Menschen. Es geht um die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel mit dem Behindertengleichstellungsgesetz, bei der Verbesserung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr, bei Parkerleichterungen, aber auch beim

Ausbau der Kliniken und Einrichtungen zur Behandlung und Rehabilitation psychisch kranker Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Trotz des Erreichten sind noch weitere große Anstrengungen notwendig, um die tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderungen zu erreichen. Das ist mir sehr wichtig, und dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

Wichtig ist mir aber auch, dass wir sehr kritisch darüber nachdenken, ob angesichts der aktuellen Debatten, über „Kinder nach Wunsch“ bis „Sterbehilfe“, nicht vielleicht sehr schnell Grenzen verschwimmen. Es muss immer klar sein: Es gibt kein Leben, das unwert ist. Es gibt kein Leben, das selektiert werden darf. Das Leben ist schutzwürdig, vom Anfang bis zum Ende, das dürfen wir nie vergessen.

Und weil wir das wissen, haben wir aus unserer Geschichte die Verantwortung, heute gegen Unmenschlichkeit und Unrecht zu kämpfen, wo immer sie sich zeigen. Dazu kann jeder seinen Beitrag leisten! Darum bitte ich Sie. Vielen Dank!